

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einchl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Familienabonn. 1,00 RM. Postbezugsmonatlich 2,00 RM. einchl. 48 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Anzeigenbelegungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N., Ferdinandsstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: Die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellungsfläche und private Familienanzeigen 6 Pf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachsch. nach Maßstab 1 oder 2/3 des Grundpreises. B. Preisgebühr für Anzeigen 30 Pf., außschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1, Postfach 4 Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktorstr. 1a; Fernruf: Kurzfür 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einsendungen ohne Rücksicht werden weder juristisch noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages

Nr. 42

Freitag, 19. Februar 1937

45. Jahrgang

Kolonialausssprache im englischen Oberhause

Lord Plymouth über die Stellung Englands - Frontkämpferempfang auf dem Oberfalzberg - Labour lehnt Rüstungsausgaben ab

Befreier, nicht Unterdrücker

Die Lügen über nationale Terrorherrschaft

× Salamanca, 18. Februar. (Durch Funkspruch)
Der amtliche Beereberichter meldet die erfolgreiche Niederwerfung kommunistischer Gegenangriffe in der Nähe des Madrider Ostparks und auf dem von den nationalen Truppen eroberten Gelände an der Jaramafrank. Im Jaramagebiet setzten die nationalen Truppen langsam ihren Vormarsch fort und vertrieben ihre Stellungen. Drei kommunistische Tanks wurden vernichtet. Die Kämpfe in den Delvaumwäldern dieser Gegend sind sehr hart. Die Bolschewisten haben hier sogar in den Wäldern die Bäume Verteilungswegweiser eingerichtet. Die neue nationale Front ist nunmehr 20 Kilometer von Alcalá de Henares entfernt. Die nationalen Krieger und die Artillerie waren den ganzen Tag über sehr reger. Nationale Krieger überdrückten die kommunistische Stadt Lerida, die nunmehr auch in den Bereich der Kampfhandlungen gerückt ist. In einer Rundfunkansprache erklärte der Führer der spanischen Fremdenlegion, General Millan Astray, die bolschewistische Gewaltdiktatur über angebliche Terrorherrschaft der nationalen Truppen in den eroberten Städten für eine unlagbare gemeine Lüge.

Das nationale Oer sei folcher Verbredchen nicht fähig. Jeder angeklagte Verbredcher komme vor das Kriegsgericht, und niemand werde verurteilt, ohne daß das Gericht die ehrlche Ueberzeugung gewinnt, daß die Strafe verdient sei. Ein Teil der von den Bolschewisten betrogenen Bevölkerung Malaga, der aus Furcht vor dem vermeintlichen „Schredensgericht“ flüchtete, sei irgendwo auf der Halbinsel liegen geblieben und dem Hunger t o d e ausgeleitet worden. Die nationalen Truppen hätten die Verangstigten mit aller Sorgfalt zurückgeführt und hätten ihnen zunächst zu essen gegeben. Das nationale Oer werde als Befreier und nicht als Unterdrücker nach Madrid kommen. Jeder, der kein Verbredchen begeht (und das sei die überwältigende Mehrheit der unglücklichen, verführten oder verangstigten Spanier), könne des größten Wohlwollens sicher sein. Anschließend gab der General Verhaltensmaßregeln für den Augenblick der Einnahme Madrids. Man solle nicht flüchten, sondern zum Reichen friedlicher Bestimmung weiche nehmen anbringen und weiche Krmdinden tragen. Auch wenn Witzgangeshrige mit Waffen angetroffen werden, würde ihnen nicht gefehden. Sie sollten beide Hände erheben und ein weiches Tuch um den Gewehrlauf binden. Wenn die

Witzglieder der Internationalen Brigade, die von den Werbem abnunglos verführt seien, ihren Irrtum einsehen und sich vorbedachtlos ergeben, würden sie genau so wie die spanischen Ueberläufer behandelt.

Der kommunistische Sender in Madrid teilt mit, daß umweit der Rille bei Tarazona ein Gefecht zwischen drei bolschewistischen und zwei nationalen Kriegsschiffen stattgefunden hat. Angesichts der Ueberlegenheit der nationalen Seestreitkräfte mußten die Bolschewistenschiffe mit erheblicher Kavarie flüchten. Bei dem Gefecht kam der französische kommunistische Abgeordnete Ruffet ums Leben, der sich seit einiger Zeit bei den Bolschewisten in Spanien aufhielt.

Der Führer eröffnet die Auto-Ausstellung
Bericht unserer Berliner Schriftleitung
Dr. Wehler, 18. Februar
Der Führer wird auch in diesem Jahre wieder die große Internationale Automobil- und Motorradausstellung eröffnen. Die Motorbrigade Berlin des NSKK wird zu Ehren des Führers, des Führers der deutschen Motorisierung, mit einem Ehrenpatronen von über 10000 Männern am Sonntag aufmarschieren. Das NSKK wird von der Reichsanstalt bis zum Kaiserdom in den Straßen, durch die der Führer fährt, Spolker bilden.
Vor dem Ausstellungsgebäude wird der Präsident des Reichsverbandes der Automobilindustrie, Geheimrat Klimer, den Führer begrüßen. Fanfarenzüge, ein eigenes für die Automobilindustrie komponiertes Stück, leiten die Eröffnungsfeste ein. Das Philharmonische Orchester spielt den Einzugsmarsch aus der Oper „Follanger“. Dann spricht Geheimrat Klimer, nach ihm Reichsminister Dr. Goebbels. Darauf hält der Führer und Reichsführer wie bisher in jedem Jahre die Eröffnungsrede. Der Führer wird danach mit den Mitgliedern des Reichsministeriums und des Automatischen Korps die Autoausstellung besichtigen.

Ein Vorstoß Noël Buxtons

× London, 18. Februar. (Durch Funkspruch)
Im englischen Oberhause fand am Mittwoch eine Aussprache über das Mandatensystem statt, der ein Antrag des Labour-Vertreters Lord Noel Buxton zugrunde lag. Dieser Antrag verlangt, das Oberhause solle die britische Regierung auffordern, mit den Regierungen der Dominionen und den anderen kolonialen Mächten Vorschläge zu nehmen, damit das Mandatensystem in geeigneten Fällen auf britische und andere Kolonien angewandt und damit ferner die Wirksamkeit der Konvention von St. Germain (1919) auf dem Weltkongress erweitert werde.
Zur Begründung dieses Antrages erklärte Lord Noel Buxton, eine Erweiterung des Mandatensystems liege im Interesse der Sicherung des Friedens. Die Kolonialmächte und die Dominionen sollten gemeinsam mit England geeignete Kolonien unter das Mandatensystem stellen. Er gebe offen zu, daß England dem Antrag zustimmte, wenn es die Kolonien als ein „geschlossenes Reservoir“ betrachte. Würde man sich etwa ein, daß England in 50 oder 100 Jahren seine Kolonien noch wie Gebiete behandeln werde, in denen andere Staaten weder kaufen noch verkaufen dürften?

Der Schaden, den Deutschland und andere unbesiegbare Staaten durch das von den Kolonialmächten eingeführte System der Vorzugsbehandlung ihrer eigenen Waren angeht, sei beträchtlich.
Die Schließung der Märkte habe zur Folge gehabt, daß Deutschland und andere unbesiegbare Nationen eigene Gebiete verlangten. Durch einen Kolonialaustausch allein könnten die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nicht gelöst werden. Aber andere Nationen zu erklären, daß sie keine Kolonien haben dürften und auch kein Recht hätten zu einem freien Warenverkehr mit den Kolonien Englands, widerspreche der Politik der „noblesse oblige“ („Adele verpflichtet“). Vertrauen sei für die Friedenssicherung ein wesentlicher Faktor, aber wirtschaftliche Ungleichheiten würden diesem Vertrauen im Wege. Kolonien dürften nicht wie Privateigentum behandelt werden.

Als Vertreter der Regierung erklärte der Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Lord Plymouth, der Antrag Buxtons, der die volle Souveränität zugunsten des Mandatensystems ausgeben wolle, müsse unermittelbar dort viele Schwierigkeiten hervorrufen, wo es sich um britische Gebiete handele, deren Bewohner Untertanen Seiner Majestät seien. Die Dominionen und die fremden Länder könnten die britische Regierung nur schwer veranlassen, die in dem Antrag enthaltenen Vorschläge anzunehmen. Er könne nicht sagen, ob sie die gleichen Einwände machen würden wie die britische Regierung. Auf jeden Fall glaube er aber, daß

die britische Regierung die andern Regierungen nicht einmal zur Erwägung derartiger Vorschläge einladen könne, solange sie selbst nicht übereinstimmend sei, daß die Vorschläge im Augenblick sowohl nützlich wie auch praktisch seien. Der Vorschlag bedeute nicht nur eine völlige Neuordnung des englischen Kolonialsystems, sondern auch eine völlige Reorganisation des Systems der Mandatüberwachung in Senf. Die Arbeit mühte dann nicht nur von einigen wenigen hervorragenden Persönlichkeiten mit langer Kolonialerfahrung geleitet werden, sondern es mühte dann ein großer internationaler Stab das ganze Jahr hindurch ständig beschäftigt werden. Aber auch

die englische Regierung wünte allerdings eine Vermehrung des internationalen Handelsumfanges. Lord Plymouth veruchte nachzuweisen, daß sich das Mandatensystem nicht notwendigerweise zum Segen der Bevölkerung eines Mandatsgebietes in allen Wirtschaftsfaktoren auswirke. Es sei vollkommen klar, daß die Abschaffung der Vorzugsrechte die Schwierigkeiten nicht überwinden würde. Es erhöhe sich hierbei auch außerordentlich verwickelte Währungsfragen. Was Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet offenbar wolle, seien Maßnahmen, die den Einfluß von Kolonialgebieten in das deutsche Währungsgebiet sowie die Einführung der deutschen Währungsbeschränkungen vorläßen. Angesichts solcher Beschränkungen würde die Politik der offenen Tür vollkommen bedeutungslos werden. Deshalb sei es aus Schwierig zu glauben,

werden. Nicht nur Deutschland, sondern auch andre Nationen würden von der englischen Politik der Ausgeschlossenheit betroffen.

Sein Vorschlag bezöhe sich nur auf einen Teil der englischen Kolonien.
Es gebe Kolonien mit alten Beziehungen zum Mutterlande, wie Jamaica und Ceylon, in denen sich gegen eine Ausweitung des Mandatensystems starke Stimmung geltend machen würde. Er schlage auch nicht die Uebertragung irgendwelcher Gebiete an Deutschland vor. Das Mandatensystem habe sich vielmehr bewährt (?) und mühte auch weiterhin ausprobiert werden. Der Redner kam dann auf die Revision des Abkommens von St. Germain zu sprechen. Es wäre nur recht und billig, wenn man Deutschland jetzt wieder zulasse, nachdem die Erbitterung der Kriegszeit der Vergangenheit angehöre.

Der deutsche Handel erstreckt sich in Zentralafrika nicht der Gleichberechtigung.
Deutschland sei in hohem Maße an den Handel in weiten Gebieten Afrikas vom Nil bis zum Jambesi und vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean interessiert. Hier liege die Zukunft ein Feld unbegrenzter Entwicklungen. Nicht nur Zentralafrika, das jetzt einem englisch-französischen Konsortium unterworfen sei, könnte eingeschlossen werden, sondern es sei sogar denkbar, daß durch gegenseitige Vereinbarungen auch der Sudan und Abyssinien bei einer Neuregelung berücksichtigt werden könnten. Die Politik der offenen Tür könnte durch Verträge und Anleihen erweitert werden.
In Afrika brauche man die deutsche Industrie und die deutsche Wissenschaft.

Beide würden hier ein weites Betätigungsfeld haben. Deutschlands industrielle Bedürfnisse würden durch eine Erweiterung des Mandatensystems zum größten Teil befriedigt werden (?). Es würde sich um eine Gasse handeln, die auch Englands Teilnahme stärke würde.
Der konservative Lord Lugard brachte einen Gegenantrag ein, der den wichtigsten Teil des Antrages Buxtons gegenstandslos machen wü, gewisse Kolonien unter das Mandatensystem zu stellen.

daß die Vorschläge Buxtons und Lugards ist nennenswertem Ausmaß zu einer Lösung der politischen Lage führen würden. Lord Plymouth behauptete weiter, er könne Siffen beibringen aus denen sich ergebe, daß Deutschland keine Schwierigkeiten beim Abzug seiner Waren im Kolonialreich habe (!), und daß es alle Ausfuhrbeschränkungen erhalte, die es brauche. Die Anwendung einer Politik der offenen Tür in allen tropischen Kolonien würde auch dazu führen, daß der Handel an Vamber mit einem niedrigen Arbeitsstand gese. Besonders Japan würde auf Kosten Europas heraus Nutzen ziehen. Beträchtliche Vorteile könnten erzielt werden, wenn die Kolonialmächte eine gemeinsame und allgemeine Erklärung abgeben, in der sie ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, sich von den Bestimmungen des Artikels 22 der Völkervereinbarung leiten zu lassen. Die Regierung bedauere, daher, nicht umstände zu sein, den Antrag Buxtons anzunehmen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ließen sich besser in den Beratungen des Rohstoffausschusses behandeln, der demnächst in Genf zusammentrete. Hierauf ließ man die Angelegenheit fallen, und das Oberhause vertagte sich.

Vor neuem Riesenstreik in USA.

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten
New York, 18. Februar. (Durch United Press)
Die amerikanische Braunkohlenindustrie ist von einem ersten Arbeitskonflikt bedroht, denn bei einer Konferenz zwischen den Vertretern der Vereinigten Bergarbeitergewerkschaft unter Führung ihres Präsidenten Lewis, und den Delegierten der Kohlenbergbauunternehmer stellte Lewis folgende Forderungen: Zehnstundenlag und Freitagserhohung des Tageslohnes der Bergarbeiter um 20 Cent, zwei Wochen bezahlter Urlaub.
Lewis drohte den Ausstand von 400000 Braunkohlengrubenarbeitern an, falls die Verhandlungen scheiterten, und da die Arbeitgeberseite ihre Forderungen ablehnte, forderte man, daß sich der neue Riesenstreik kaum vermeiden läßt.

Nordafrika fordert

Von unserem Korrespondenten

H. Paris, im Februar
Der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen, Biennos, wird sich in diesen Tagen nach Tunis begeben. Er hat jetzt schon Wert auf die Feststellung, daß diese Reise „nur eine Studienreise“ sei. Nur weiß man zu gut, was es mit einer Studienreise eines der höchsten Beamten des Quai d'Oran auf sich hat, zumal in einer Zeit, die gerade für Paris voller diplomatischer Arbeit ist. Und dazu noch eine Reise nach Tunis, in einer Stunde, die voller Besorgnisse über die Entwicklung Nordafrikas ist. Es gehört deshalb nicht einmal in das Reich der Vermutungen, wenn man sagt, daß die Reise Biennos, der dazu noch besonders die Kolonialfragen zu bearbeiten hat, mit dem Aufgehören der nordafrikanischen Eingeborenen in engerem Zusammenhang steht. So wird diese Reise an einem neuen Beweis, wie ernst man in Paris die Unruhe Nordafrikas beurteilt.

Der tiefere Grund für alle Schwierigkeiten, die Frankreich in der Nachkriegszeit mit ihrem nordafrikanischen Besitz hatte, liegt in der Tatsache, daß die Franzosen bisher nicht kolonialerben konnten. Sie schweben die Weisheit, liehen Maschinengewehre und Kanonen aufzuführen, und schredten auch nicht vor der Anwendung von Giftgas zurück. Nur deshalb werden alle wirtschaftlichen oder religiösen Zwischenfälle von den Eingeborenen zum Rebellionen demut. Heute geht es wieder um das Verbot, daß die Franzosen den Nordafrikanern im Weltkrieg haben — als diese sich an Frankreichs Schlangengaben verbieten durften —, sie als vollberechtigte Bürger Frankreichs anerkennen. Bis heute ist dieses Verbot nicht eingelöst worden. Die Volksfrontregierung erkannte sofort die Gefahr, die aus diesem Verbot erwachsen war. Eine Gefahr, die von Jahr zu Jahr größer wird, da sich langsam eine französisch gebildete geistig führende Schicht unter den Eingeborenen bildet die Tedsartes — den geistigen Vater aller französischen Denker — ebenso beehrt, wie die Pariser Politiker. Deshalb brachte die Regierung einen Gesetzesvorschlag ein, wonach nun gewisse Klassen der Eingeborenen Mitglied automatisch französischer Bürger werden sollen.

Nun gibt es sechs Millionen Eingeborene in Alger, denen nur eine Million Europäer gegenübersteht. Die Europäer sind aber gegen die „Verbesserung“ der Eingeborenen zu französischen Bürgern, da diese als Bürger dann auch das Wahlrecht haben, wodurch bald die Vorherrschaft der Europäer gebrochen sei. An dieser Frage scheiden sich die Weisheit, ob man nämlich aus Nordafrika nach und nach eine „Dominium“ nach britischer Art machen will, oder ob man den Charakter als Kolonie aufrecht erhalten will und kann. Aber mit der Eingebürgung der arabischen Eingeborenen ist noch eine andre Schwierigkeit verbunden: der Koran. Dieses religiöse Gebot der Kraber regelt für sie auch das Ehe- und Erbrecht und die Scheidung, aber in einer den französischen Gesetzen völlig entgegenstehenden Art. So ist den Mohammedanern die Vielweiberei, mag sie auch inzwischen ungenährlich geworden sein, erlaubt, der Vater kann schon für das saum geborene Kind einen Ehevertrag machen usw. Auf diese Gesetze verzichtet, bedeutet aber für den Mohammedaner seine Religion aufgeben — und dazu ist er nicht bereit, nur um Franzose zu werden. Durch ein Gesetz von 1870 wurden deshalb alle Juden Mitglied, die sich den französischen Gesetzen leicht unterwerfen konnten, naturalisiert. Dadurch wurde wiederum die alte Feindschaft zwischen Arabern und Juden neu genährt. Mit der jetzt beabsichtigten Eingebürgung will die Regierung nicht mehr die Forderung verbinden, daß die Kraber ihre religiösen Gesetze aufgeben mühten. Und schon fragt die Regierungsoption in Paris: will die Volksfront die Vielweiberei und die Sklavenhaltung der Frau legalisieren? In diesen Streit wollen wir nicht eingreifen, wir stellen nur fest, daß es ganze Divisionen arabischer Soldaten gibt, Offiziere und auch Ritter der Ehrenlegion, die zu ihrem mohammedanischen Glauben stehen — und die deshalb von Frankreich als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Im Krieges aber sollen sie für Frankreich an erster Stelle sterben...

Zurück, die Lage wird mit dem zunehmenden Selbstbewußtsein der Eingeborenen und dem Aufkommen einer neuen religiösen Begeisterung auf die Dauer unhaltbar. Die Panislam-Bewegung tut ihr übriges dazu, und auch die kommunistischen Gesellen haben sich in Nordafrika eingebunden, um den Unwillen der Eingeborenen als Sprungbrett für ihre blutigen Absichten zu mißbrauchen. So war die jetzt verbottene Bewegung des „Nordafrikanischen Eternals“ keine rein kommunistische Bewegung, sondern eine